



Dr. Ulrike Schneider | Krumme Gasse 30 | 97421 Schweinfurt

Dr. Ulrike Schneider

Mitglied des Stadtrats
Initiative ZUKUNFT/ödp

Krumme Gasse 30
97421 Schweinfurt

mobil 0173-6513177
rike.schneider@icloud.com

Schweinfurt, den 12. September 2021

Pressemitteilung | Fassadengrün fürs Rückertzentrum Antragsboykott zeugt von wenig Liebe zum Grün

Schweinfurt/Innenstadt. Die Initiative ZUKUNFT.ödp hat zu einem Pressegespräch geladen, um einem Antrag Nachdruck zu verleihen, der schon längst von der Stadtverwaltung hätte bearbeitet sein müssen: die Begrünung der hässliche Betonwand an der Nordseite des Rückertzentrums mit einer Fläche von ca. 1.300 qm.

Projekt Fassadenbegrünung

„Eine Begrünung der hässlichen Betonfassade am Marienbach hätte nur Vorteile“, so Stadträtin Ulrike Schneider, die vor mittlerweile fast zwei Jahren einen entsprechenden Antrag im Stadtrat eingebracht hatte und immer noch auf dessen Behandlung wartet. Zum einen sei die Umwandlung der kahlen Betonwand in einen großflächigen hängenden Garten ein großer Schritt auf dem Weg eines klimagerechten Stadtumbaus. Zum anderen würde eine solche Fassadenbegrünung auch aus städtebaulicher Sicht eine wesentliche Verschönerung darstellen.

Schlechter Umgang mit Antrag

Der Antrag wurde im Oktober 2019 eingereicht, dann vertagt mit dem Hinweis auf die noch ausstehende Grünsatzung mit Förderprogramm, und am Ende dann in eine Schublade entsorgt - nicht der einzige Antrag mit diesem Schicksal. Das zwischenzeitlich beschlossene Förderprogramm* sieht explizit Ausnahmen bei den Regelsätzen vor, so dass die Deckelung (bis 5.000 Euro) für Großprojekte aufgehoben wird, um deren Umsetzung zu ermöglichen. Umso erstaunlicher ist es, dass der Besitzer des Rückert-Zentrums ein Schreiben von der Stadt erhält, in dem ihm großzügig 5.000 Euro angeboten werden, ohne jedes Verhältnis zu den voraussichtlich entstehenden Kosten in einem mittleren sechsstelligen Bereich, den ein Unternehmer – gerade in der heutigen Corona-belasteten Zeit – nicht einfach selbst aufbringen kann. Der Eigentümer hat – verständlicher Weise – postwendend ablehnt.

Einschub

*Der Stadtrat hat am 06.08.2020 ein Förderprogramm zur Gewährung von Zuschüssen zur Begrünung von Dach-, Fassaden- und Entsiegelungsflächen verabschiedet. Es tritt zum 01.01.2021 in Kraft. Maßnahmen zur Fassadenbegrünung können mit 50 % der Kosten, jedoch max. 5.000 € je Grundstück, gefördert werden. Allerdings wurde auch beschlossen, dass es Ausnahmen dieser Festlegung gibt, wenn größere Projekte anstehen.

Kommunaler Fördertopf oder Crowd Funding

„Wir werden einfordern, dass der Antrag endlich ordentlich behandelt wird. Sollte er scheitern, müsste man ein sogenanntes Crowd Funding in Erwägung ziehen. Denn von der Begrünung dieser Wand haben alle Schweinfurter etwas“, so die Vorsitzende der Initiative ZUKUNFT.ödp, Ulrike Schneider. Wobei sie folgendes zu bedenken gibt: „Das Geld ist ganz offensichtlich da. Wenn die Stadt im Zuge ihrer „grünen Trittsteine“ überflüssiger Weise 1 Mio Euro für die bereits grüne und gut angelegte Gutermann-Promenade einplant, nur um die für 2026 geplante Landesgartenschau aufzupeppen, dann müsste sie für die sinnvolle Fassadenbegrünung des „Zementrums“ in jedem Fall Gelder zur Verfügung stellen und das Projekt zur Umsetzung bringen.“

Für die Umsetzung dieses Projektes braucht es einen substantiellen Griff in den Fördertopf, was in diesem Fall sicherlich keine unzulässige Unterstützung einer Privatperson darstellt. „Die Begrünung der riesigen Betonwand ist - egal wem die Mauer nun gehört – eine kommunale Aufgabe – aus ästhetischer wie auch klimapolitischer Sicht. Um Anträge wie diesen einfach in der Schublade verschwinden zu lassen, braucht es schon eine ganz gehörige Portion Gleichgültigkeit oder eine einseitige politische Vorliebe für die anstehende LGS – beides ist in meinen Augen weder nachhaltig noch fair noch gut für unsere Kommune!“, so der Bundestagskandidat der ÖDP, Stefan Hrnicek-Hubert, der dem Projekt vor allem wegen des Klimawandels eine hohe Bedeutung beimisst.

Photo (v.l.): Stadträtin Ulrike Schneider mit Mitgliedern der Initiative ZUKUNFT.ödp und dem Bundestagskandidaten Stefan Hrnicek-Hubert.